

## Die wirtschaftliche Lage in Österreich

### Währung, Geld- und Kapitalmarkt

*Dazu statistische Übersichten S. 241—242*

Nachdem sich der *Notenumlauf* seit Jahresbeginn immer weniger stark ausgedehnt hatte, ging er im *Mai* erstmalig seit der Währungsreform auch *absolut zurück*. Die Abnahme betrug rund 112 Mill. S (von 5.877 Mill. S auf 5.765 Mill. S) und ist gänzlich auf die Erlöse aus der Marshall-Hilfe zurückzuführen, denen keine entsprechende Abnahme der Verbindlichkeiten und keine Zunahme der Aktiven gegenüberstanden<sup>1)</sup>. Die freien Verbindlichkeiten der Nationalbank aus Guthaben öffentlicher Stellen erhöhten sich (infolge der am 17. Mai durch die ECA-Verwaltung erfolgten Freigabe von 300 Mill. S Hilfsfondsgeldern) im Mai per Saldo um rund 211 Mill. S (von 588 Mill. S auf 799 Mill. S). Da außerdem die freien Guthaben der Kreditinstitute bei der Nationalbank um rund 13 Mill. S anstiegen, liegt eine Zunahme des Gesamtumlaufes (Notenumlauf plus freie Verbindlichkeiten der Nationalbank) um rund 112 Mill. S vor. Durch die Erlöseingänge auf den Hilfskonten wurde die infolge der erwähnten 300 Mill. S-Freigabe eingetretene Verminderung der zeitweilig gesperrten Konten öffentlicher Stellen teilweise kompensiert, so daß deren Abnahme sich lediglich auf rund 34 Mill. S (von 1.227 Mill. S auf 1.193 Mill. S) belief.

Den Veränderungen der Passiven entsprach auf der Aktivseite eine im Vergleich zu den Vormonaten auffallend geringe Zunahme des Eskontportefeuilles, die ihre Ursache in einer vorsichtiger werdenden Kreditpolitik der Banken haben dürfte. Dadurch konnte sich die geldabsaugende Wirkung der Marshall-Lieferungen erstmalig in größerem

<sup>1)</sup> Die Abnahme des Notenumlaufes ist umso bemerkenswerter, als an und für sich allein auf Grund der durch das dritte Preis-Lohn-Abkommen verfügten Lohn erhöhungen mit einem größeren Geldbedarf der Volkswirtschaft zu rechnen war. Tatsächlich war jedoch die Ultimobeanspruchung Ende Mai — zu dem Zeitpunkt, als vielfach erstmalig die neuen Bezüge bezahlt werden mußten — mit rd. 240 Mill. S keineswegs größer, sondern eher geringer als in den Vormonaten (Durchschnitt Jänner bis April 270 Mill. S). Es muß daher angenommen werden, daß der Mehrbedarf hauptsächlich durch Auflösen von Geldhorten (Verringerung der Kassenhaltung und damit Erhöhung der Geldumlaufgeschwindigkeit) finanziert worden ist. Zum Teil könnte auch wieder eine gewisse Verschiebung von Bargeld- zu Scheckgeldzahlungen eingetreten sein.

Ausmaß auf den Notenumlauf auswirken. Während das Konto der § 27 W. Sch. G.-Schatzscheine bei der Nationalbank überhaupt unverändert blieb, nahmen die Bestände an refinanzierten Schatzscheinen nach § 2, 1 b der Novelle zum Notenbanküberleitungsgesetz (Besatzungskostenschatzscheine) lediglich um rd. 20 Mill. S zu. Die eskontierten Wechsel vermehrten sich insgesamt um rd. 42 Mill. S, wobei einem Zuwachs von Wiederaufbauwechseln im Betrage von rd. 54 Mill. S eine Abnahme der normalen Wirtschaftswechsel um rd. 12 Mill. S gegenüberstand. Der Devisenbestand der Nationalbank wuchs im Mai um rd. 15 Mill. S (auf rd. 144 Mill. S) an.

Die *Einlagen bei den Kreditinstituten* stiegen auch im April weiter. Die Erhöhung betrug rd. 175 Mill. S und verteilte sich zu rd. 125 Mill. S auf Scheckeinlagen und zu rd. 50 Mill. S auf Sparkonten.

Auf dem *Kapitalmarkt* setzte sich im Mai und bis Mitte Juni bei einigen Schwankungen wieder eine leicht sinkende Kurstendenz durch. Der Index von 23 Industrieaktien ging um 1,5% zurück (von 291,4 auf 287,1; März 1938 = 100), wobei alle erfaßten Industriezweige mit Ausnahme der Brau- und der Papierindustrie geringe bis mittlere Kurseinbußen erlitten. Auch die festverzinslichen Werte wurden von einer Abwärtsbewegung erfaßt, die ihre Ursache in der relativ höheren Realverzinsung der neuen Wiederaufbauanleihe<sup>2)</sup> hat. Rentabilitäts-erwägungen dürften auch für den starken Kursfall der Bundesschuldverschreibungen 1947 (von S 60,25 für S 100 — Nominale am 16. Mai auf S 50 — Ende Mai) verantwortlich sein. Der Kurs sank allerdings nicht auf das einer gleichen Real- (laufenden) Verzinsung entsprechende Niveau, sondern er blieb seit Anfang Juni infolge der verstärkt einsetzenden Nachfrage (hauptsächlich seitens der Vermögensabgabepflichtigen) auf der erreichten Höhe

<sup>2)</sup> Bei der bekanntgegebenen Nominalverzinsung von 5% und einem (in den letzten Tagen im freien Verkehr entstandenen) Kurs der Reichsanleihe 1938, II. Ausgabe von 8 bis 10 S (Durchschnitt 9 S) pro 100 RM Nominale, ergibt sich für die Wiederaufbauanleihe eine Realverzinsung (laufende Verzinsung) von rd. 6 bis 6,2% — ein Satz, der über dem bisherigen Durchschnitt der anderen festverzinslichen Werte (Pfandbriefe usw.) von etwa 4% liegt. Auch für Barzeichner der neuen Anleihe würde sich (bei einem Emissionskurs von 90 bis 92) eine laufende Verzinsung von rd. 5,4 bis 5,6% ergeben.

und zog ab Mitte Juni sogar wieder etwas an (23. Juni S 53— pro S 100— Nominale).

### Preise, Lebenshaltungskosten, Löhne

Dazu statistische Übersichten S. 243—245

Die *Arbeiternettotariflöhne* stiegen infolge der im dritten Preis-Lohn-Abkommen vereinbarten Lohnerhöhungen Anfang Juni um 9,6% (von 376,5 auf 412,5; April 1945 = 100), wobei jedoch beachtet werden muß, daß die neue Lohnsteuer samt Zuschlag für Besatzungskosten erst ab 1. Juli abgezogen wird<sup>1)</sup>. Unter Berücksichtigung der neuen Lohnsteuertabelle wird der Index der Arbeiternettotariflöhne im Juli um ein weiteres Prozent (auf 416,5) steigen. Die *Arbeiternettoverdienste* erhöhten sich im April wieder um 2,4% (von 338,0 auf 346,1; August 1938 = 100, einschließlich Ernährungsbeihilfen) und weisen damit seit Jänner d. J. eine — in der Hauptsache saisonbedingte — Steigerung um 5,5% auf.

Die *Preise* zeigten bisher — mit Ausnahme einiger reagibler Preise und der direkt im Abkommen verfügbaren Preiserhöhungen — noch keine erwähnenswerten Reaktionen. Es sind jedoch Anzeichen dafür vorhanden, daß zumindest versuchsweise auf wichtigen Gebieten Preiserhöhungen durchgeführt werden dürften (z. B. Baustoffe, Eisen und Eisenwaren). Ob die höheren Preise sich durchsetzen werden, wird von der Reaktion der effektiven Nachfrage abhängen.

Die seit Weihnachten anhaltende Preissenkungstendenz kam fast allgemein zum Stillstand; nur auf saisonbeeinflussten Märkten konnten noch weitere Ermäßigungen beobachtet werden. So sind z. B. die *Versteigerungspreise* im Wiener Dorotheum für Pelze und Teppiche gesunken, und auch auf den Gemüse- und Obstmärkten waren zum Teil erhebliche saisonbedingte Preissenkungen feststellbar. Die *schwarzen Devisenkurse* stiegen bis Ende Mai um 14%, und der Goldpreis folgte dieser Bewegung bis Mitte Juni ebenfalls durch eine Erhöhung um 14%. Auch die *Schwarzmarktpreise für Nahrungsmittel* erhöhten sich bis Mitte Juni durchschnittlich um 11%. Trotz dieser Verteuerung auf den Schwarzen Märkten betrogen infolge der Erhöhung der offiziellen Preise die Schwarzmarktpreise für Nahrungs-

<sup>1)</sup> Die Bestimmungen des neuen Kollektivvertrages für Textilarbeiter, der im Juni abgeschlossen wurde, sind ebenfalls in der Berechnung noch nicht berücksichtigt. Die Nachziehung der Textilarbeiterlöhne wird nach Verlautbarung der Zentrallohnkommission in die Berechnung einbezogen werden und voraussichtlich im Juli eine weitere Erhöhung des Lohnindex herbeiführen.

mittel nur noch das 1,7fache der offiziellen Preise. Gegen Ende Juni waren Anzeichen dafür vorhanden, daß die Preissteigerungen auf den Schwarzen und freien Märkten bereits wieder zum Stillstand gekommen sind und teilweise sogar wieder einer zögernden Abwärtsbewegung Platz gemacht haben.

Die *Lebenshaltungskosten* in Wien nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema stiegen im Juni auf Grund der im neuen Preis-Lohn-Abkommen vereinbarten Erhöhungen der Lebensmittel- und Kohlenpreise sowie der Tarife um 14,3%<sup>2)</sup> (von 427,3 auf 488,3; April 1945 = 100). Außerdem liegt noch eine andere — nicht auf das Preis-Lohn-Abkommen zurückzuführende, größtenteils fiktive oder saisonbedingte — Erhöhung des Lebenshaltungskostenindex um weitere 4,7% vor (auf 508,3; April 1945 = 100). So ist durch die Freigabe der Eier der bisherige niedrigere offizielle Eierpreis (der jedoch nur für die geringfügigen Aufrufe Geltung hatte) weggefallen. An Stelle der kaum noch gefragten vorjährigen Kartoffeln wurden Frühkartoffeln in die Berechnung einbezogen und außerdem wurden die bisher im Verbrauchsschema geführten Lederschuhe mit Gummisohle (nur solche waren im Krieg und in der Nachkriegszeit offiziell erhältlich) wieder durch Schuhe mit Ledersohle ersetzt, was ebenfalls eine fiktive Erhöhung des Lebenshaltungskostenindex bewirkt. Schließlich kam zufällig am Stichtag der Erhöhung (Monatsmitte) der auf allen Gemüsemärkten beobachtete Preisfall nicht auch in einem Sinken des Spinatpreises (der im Index als Repräsentant für die Gemüsepreise fungiert) zum Ausdruck. Die Preise für Wein und Marmelade gingen etwas zurück.

Der *Abstand zwischen dem Lebenshaltungskostenindex nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema und dem Index der Nettotariflöhne* stieg auf Grund der bisherigen Auswirkungen des neuen Preis-Lohn-Abkommens von 13,5%, im Mai auf 18,4% im Juni. Bei Berücksichtigung der neuen Lohnsteuerregelung würde der Abstand 17,2% betragen, was

<sup>2)</sup> Diese Ziffer entspricht weitgehend den vom Institut angestellten Vorausberechnungen (13,7%; siehe Monatsbericht Nr. 5, S. 171 ff.). In ihr sind auch die (durch Preiserabsetzungen bei billigen Sorten kompensierte) Preiserhöhung für Käse (im Friedensverbrauchsschema ist lediglich eine bessere Sorte — Emmentaler Käse — enthalten) und die Erhöhung der Preise für Friseurleistungen enthalten, dagegen noch nicht der erhöhte Salz- und Bierpreis, da diese bisher noch nicht in Geltung sind. Für Beheizungsmittel konnten nur vorläufig geschätzte Preise eingesetzt werden, da endgültige Preise noch nicht festgesetzt sind. Daher haben auch die Gesamtziffern für Juni (die festgestellte Erhöhung um 14,3%) nur provisorischen Charakter.

der im vorigen Bericht angestellten Vorausschätzung (17·1%) entspricht. Mit Einrechnung der ohne Zusammenhang mit dem neuen Abkommen eingetretenen (und — wie erwähnt — größtenteils fiktiven) Preiserhöhungen beträgt der Abstand zwischen Lebenshaltungskosten — und Tariflohnindex gegenwärtig 23·2%, und unter Berücksichtigung der ab Juli gültigen Lohnsteuerbestimmungen 22·0%.

#### Zu den quantitativen Auswirkungen des dritten Preis-Lohn-Abkommens

Während sich die im vorigen Monatsbericht angestellten Vorausberechnungen der Auswirkungen des neuen Preis-Lohn-Abkommens auf die Lebenshaltungskosten, Löhne und Gehälter sowie Realeinkommen der Unselbständigen bisher weitgehend als richtig erwiesen haben, ergeben sich in der Frage der Steuerbelastung einige geringfügige Modifikationen<sup>1)</sup>. Die Vorausberechnungen waren auf Grund zum Teil sehr mangelhafter Pressemitteilungen angestellt worden. Auch die neuen Ziffern sind nur provisorisch, da die endgültigen Bestimmungen noch nicht bekanntgemacht sind.

Die erwähnte Korrektur betrifft die Steuergruppe I (Ledige), deren Steuersätze durch einen 50%igen Zuschlag zum Tarif der Steuergruppe II (kinderlos Verheiratete) zu errechnen sind. Infolge der Bestimmung, daß dieser Zuschlag nicht mehr als 10%<sup>1)</sup> des Einkommens erreichen darf, beträgt das Nettogehalt eines ledigen Angestellten, dessen Bruttoeinkommen nach der Erhöhung 2.675 S war, 1.547 S (statt 1.495 S, wie im letzten Bericht geschätzt wurde), was einer absoluten Verminderung des Nettogehaltes, das vor der Erhöhung 1.647 S betrug, um 100 S (statt um 152 S) gleichkommt. Ein lediger Angestellter mit einem Monatsbruttogehalt von 3.720 S (nach der Erhöhung) erhält 1.842 S (statt 1.600 S) ausbezahlt und erleidet dadurch eine Verkürzung des Nettogehaltes (das vor dem Abkommen 1.978 S betrug) um 136 S (statt 378 S). Die erwähnte Bestimmung wirkt sich auch hinsichtlich der Belastung der gewerblichen Wirtschaft aus. Das Jahresbruttoeinkommen eines ledigen Unternehmers von 100.000 S (vor Abzug sämtlicher direkter Steuern), das bisher bei einem Kapitalisierungsfaktor von 8%<sup>1)</sup> zu 70%<sup>1)</sup> und bei einem Kapitalisierungsfaktor von 10%<sup>1)</sup> zu 69%<sup>1)</sup> mit direkten Steuern belastet war, verfällt nunmehr ohne Investitionsbegünstigung zu 94%<sup>1)</sup> bzw. 88% dem Fiskus (statt 103%<sup>1)</sup> bzw. 98%<sup>1)</sup>). Wird die Investitions-

begünstigung voll in Anspruch genommen, so ist die Belastung mit direkten Steuern im konkreten Beispiel 80·2% und 74·7% — also etwas niedriger als geschätzt (87·7% und 82·4%), aber immer noch erheblich größer als vor der Neuregelung.

#### Belastung der Einkommen aus Gewerbebetrieb durch direkte Steuern<sup>2)</sup>

Jahresbruttoeinkommen in S <sup>3)</sup>	Steuerbelastung in % des Bruttoeinkommens					
	Variante I (8% <sup>4)</sup> )			Variante II (10% <sup>4)</sup> )		
	1948	ohne 1949 Investitionsbegünstigung	mit 1949 Investitionsbegünstigung	1948	ohne 1949 Investitionsbegünstigung	mit 1949 Investitionsbegünstigung
Unverheiratete						
10.000	29·9	45·9	40·7	27·7	40·3	34·6
50.000	59·7	81·2	68·6	58·2	75·8	63·0
100.000	70·3	93·6	80·2	68·7	88·4	74·7
500.000	77·0	105·3	92·9	74·9	99·8	87·0
1.000.000	77·2	105·4	93·3	75·1	99·9	87·4

<sup>1)</sup> Einkommensteuer, Gewerbe- und Gewerbesteuer, Kapitalsteuer, Aufbringungsumlage und Vermögenssteuer. —

<sup>2)</sup> Einkommen vor Abzug sämtlicher direkten Steuern. —

<sup>3)</sup> Variante I: Unter der Annahme, daß zwischen Bruttoeinkommen und Vermögen ein Verhältnis von 1 : 12·5 besteht (Kapitalisierungsfaktor des Einkommens 8%). —

<sup>4)</sup> Variante II: Unter der Annahme eines Kapitalisierungsfaktors von 10%.

Der ledige gewerbetreibende Unternehmer mit einem Jahresbrutto-Einkommen von 100.000 S muß also — bei Annahme eines Kapitalisierungsfaktors von 8%<sup>1)</sup> und bei Nichtinanspruchnahme der Investitionsbegünstigung — rund 94.000 S direkte Steuern zahlen. Ist er verheiratet mit zwei Kindern, so zahlt er rund 81.000 S Steuern. In ersterem Falle dürfte er nur 6.000 S im Jahr für seinen persönlichen Unterhalt verbrauchen, im zweiten Fall würde der nach Abzug der Steuern verbleibende Rest kaum für die Erhaltung der vierköpfigen Familie reichen. Nimmt der ledige Unternehmer mit einem Jahreseinkommen von 100.000 S die Investitionsbegünstigung in Anspruch, so müßte er 17.000 S investieren; da der Fiskus aber immer noch 80.000 S beansprucht, bleiben ihm für den persönlichen Unterhalt rund 3.000 S im Jahr übrig.

#### Ernährung

Dazu statistische Übersichten S. 246

Die ab 1. Juni 1949 geltende Freigabe zahlreicher Nahrungsmittel (Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Hafer, Gerste, Mais, sowie Erzeugnisse daraus, Malz, Kaffeemittel, Eier, Dauerbackwaren, Konditoreiwaren, ausländisches Obst und Gemüse) hat den Bereich der rationierten Nahrungsmittel stark eingeengt. Von der 55. Zuteilungsperiode (ab 20. Juni 1949) beschränken sich die Lebensmittelaufrufe auf 6 Grundnahrungsmittel; Brot (ein

<sup>1)</sup> Siehe Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, XXII. Jg., Heft Nr. 5 (Mai 1949), S. 173, 174/175, 179/180.

schließlich Mehl), Fleisch, Fett, Zucker, Milch (einschließlich Milchprodukte) und Nahrungsmittel (Teigwaren, Reis oder Grieß). Die Berechnung von Tageskaloriensätzen entfällt in Hinkunft, da die Rationen nur noch einen Bruchteil des tatsächlichen Verbrauches umfassen.

Die *Getreide*ablieferungen blieben auch im Mai sehr gering. Auf das Kontingent wurden 900 t Brotgetreide und nur 10 t Gerste, auf das Überkontingent rund 1.100 t Brotgetreide und 800 t Gerste aufgebracht. Da der bisherige Überkontingentpreis für Brotgetreide nur bis 7. Juni galt — im Zusammenhang mit der Aufhebung der Subventionen durch das dritte Preis-Lohn-Abkommen wurde ein neuer einheitlicher Brotgetreidepreis festgelegt, der dem bisher bezahlten Durchschnittspreis für Kontingentlieferungen entspricht — dürften sich die Überkontingentlieferungen in der ersten Juniwoche noch etwas belebt haben.

Für die Ernte 1949 wurde ein Ablieferungskontingent von 260.000 t Brotgetreide (je zur Hälfte Weizen und Roggen) vorgeschrieben. Da im Gegensatz zum Vorjahr<sup>1)</sup> für die nicht unter österreichischer Verwaltung stehenden Betriebe keine Kontingente festgesetzt wurden, ist die diesjährige Ablieferungsvorschreibung für österreichische Betriebe um rund 42.000 t höher als im Vorjahr. Stärker belastet wurden vor allem die Hauptproduktionsgebiete Niederösterreich, Burgenland und Oberösterreich-Süd. Die westlichen Bundesländer schneiden dagegen besser ab als im Vorjahre; Tirol und Vorarlberg erhielten überhaupt keine Kontingente vorgeschrieben.

Verteilung der Brotgetreidekontingente auf die einzelnen Bundesländer

Bundesland	1948/49	1949/50
	in Tonnen	
Wien . . . . .	1.850	2.800
Niederösterreich und Randgebiete . . . . .	130.400	156.000
Burgenland . . . . .	20.760	21.500
Oberösterreich-Nord . . . . .	12.880	10.500
Oberösterreich-Süd . . . . .	44.850	50.500
Salzburg . . . . .	1.380	1.000
Steiermark . . . . .	12.650	12.200
Kärnten . . . . .	5.000	5.500
Tirol . . . . .	230	—
Vorarlberg . . . . .	—	—
Insgesamt . . . . .	230.000	260.000

<sup>1)</sup> Für die Ernte 1948 war das Ablieferungskontingent mit 230.000 t festgesetzt, wovon rd. 12.000 t auf die nicht unter österreichischer Verwaltung stehenden Betriebe entfielen.

Für Gerste, Hafer und Mais wurden keine Ablieferungskontingente mehr festgelegt, da sie nicht mehr bewirtschaftet werden.

Die in den letzten Monaten ständig steigenden *Milch*ablieferungen sind im April vorübergehend zurückgegangen. Bedingt durch den saisonmäßigen Tiefstand der Milchproduktion vor Beginn der Grünfütterung sowie durch den erhöhten Eigenverbrauch der Erzeugerhaushalte zu den Osterfeiertagen sank die Marktleistung je Kuh und Tag um 3% gegenüber dem Vormonat, war jedoch noch immer um 53% höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Auch die Belieferung Wiens ging im April stark zurück. Die Magermilchanlieferungen waren nur wenig höher als in den Frühjahrsmonaten des Vorjahres, so daß die Zuteilungen an die Wiener Normalverbraucher stark gekürzt werden mußten. Nach unvollständigen Meldungen ist die Marktleistung im Mai wieder gestiegen.

Die *Fleisch*versorgung Wiens ist weiterhin unbefriedigend. Die Vieh- und Fleischanlieferungen aus den Bundesländern treffen nur sehr schleppend ein, so daß der Wiener Fleischaufruf weitgehend auf eingeführtes Gefrierfleisch umgestellt werden mußte. Da außerdem die ohnehin nur selten einlangenden Lieferungen aus den Bundesländern meist in Form von geschlachtetem Vieh erfolgt, müssen die Wiener Konsumenten auch auf Innereien und Wurstwaren (Gefrierfleisch kann nicht zu Wurst verarbeitet werden) verzichten und die fleischverarbeitenden Betriebe können ihre Kapazität nur unzulänglich ausnützen. Eine leichte Entspannung erhofft man sich von der Einfuhr von 10.000 Fettschweinen im Rahmen des kürzlich mit Frankreich abgeschlossenen Handelsvertrages. Mit der Einfuhr der bundes-einheitlichen Lebensmittelkarte von der 55. Zuteilungsperiode an (ab 20. Juni 1949) besteht für die Wiener Konsumenten außerdem die Möglichkeit, ihre Fleischration in den nahegelegenen niederösterreichischen Gemeinden in Form von Frischfleisch oder Wurst einzulösen. Der Einkauf im großen wird allerdings durch das Weiterbestehen der Transportscheinpflcht verhindert.

Das Angebot auf dem ab 1. Juni 1949 bedeutend erweiterten *freien* Nahrungsmittelmarkt hat sich gegenüber der Vorperiode nur wenig verändert. Nur das Angebot an inländischen *Eiern* ist wegen der Konservierung in den Erzeugerhaushalten und der Bevorratung der Fremdenverkehrsbetriebe für die bevorstehende Hochsaison etwas zurückgegangen. Da auch nur geringe Mengen von Importeiern auf den Markt kamen, sind die Eierpreise in Wien bis auf S 1.30 gestiegen. Weitere in absehbarer

Zeit erwartete Importe (insgesamt fast 30 Mill. Stück) dürften jedoch die Preise wieder senken. Da größere Vorräte für den Winter bereits aus den vorherigen Importen angelegt wurden, werden die jetzigen Einfuhren größtenteils sofort auf den Markt kommen.

Die Gemüse- und Obstzufuhren sind nach dem saisonmäßigen Rückgang im Juni wieder gestiegen. Die Preise für inländisches Obst liegen (nicht zuletzt infolge der Kirschenimporte aus Jugoslawien und Italien) allgemein unter denen des Vorjahres.

#### Verbraucherpreise in Wien

	7.—13. Juni 1948	S je kg	6.—12. Juni 1949
Kirschen . . . .	4'70 bis 6'15		2'80 bis 5'20
Ananaserdbeeren	22.— bis 23.—		10.— bis 14.—

Stark überhöht sind dagegen die Preise für italienische Frühkartoffeln<sup>1)</sup>. In diesem Zusammenhang könnte die kürzlich erfolgte Gründung eines „Kartoffelkomitees“ (bei der Landwirtschaftskammer) Anlaß zu der Befürchtung geben, daß durch „marktregelnde“ Manipulationen auch die Preise für inländische Kartoffeln in diesem Jahr auf einem höheren Niveau als im Vorjahr gehalten werden.

#### Land- und Forstwirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 246—247

Die Heuernte war dank ausreichender Feuchtigkeit sehr reichlich und übertraf jene der letzten Jahre beträchtlich. Besonders bei Wiesenheu wurden vielfach mehr als doppelt so hohe Erträge wie in den Vorjahren eingebracht. Die Qualität des Erntegutes litt allerdings unter ungünstigen Trocknungsbedingungen.

Auch die Hackfrüchte, besonders Zucker- und Futterrüben, entwickeln sich außerordentlich gut. Zusammen mit der zu erwartenden guten Getreideernte — nur in einzelnen Schadensgebieten ist mit Mindererträgen zu rechnen — und den Futtermittelimporten dürfte Österreich heuer über den höchsten Futtervorrat seit 1938 verfügen. Er wird die Aufstockung der Viehbestände erleichtern und damit zur Steigerung der Fleisch-, Milch- und Fettproduktion beitragen. Vor allem die Milchproduktion dürfte im Herbst erheblich über das saisonübliche Ausmaß steigen und voraussichtlich auch im Winter nur wenig zurückgehen.

Eine Intensivierung der Viehwirtschaft wird außerdem durch die verzerrten Relationen zwischen den gebundenen Brotgetreide- und den freien Futter-

<sup>1)</sup> Während italienische Frühkartoffeln im Vorjahr in der Woche vom 7. bis 13. Juni mit S 0'70 je kg verkauft wurden, betrug der Verbraucherpreis in der gleichen Zeit dieses Jahres S 1'80 bis 2.— je kg.

getreidepreisen begünstigt. Während normalerweise der Durchschnittspreis für Inlandshafer und Mais um 33 % (10 %) niedriger war als der Preis für Weizen (Roggen), liegt er derzeit um 40 % (58 %) höher als dieser<sup>2)</sup>. Auch der Abgabepreis für das im Rahmen des ERP importierte Futtergetreide (S 0'85 je kg) ist höher als der Erzeugerpreis für Brotgetreide (S 0'80 im Durchschnitt). Diese Preisdisparität könnte zur Folge haben, daß das auf Grund der günstigen Ernteaussichten ohne Schwierigkeiten erfüllbar scheinende Liefersoll an Brotgetreide (260.000 t)<sup>3)</sup> nicht voll abgeliefert, sondern zumindest teilweise verfüttert wird.

#### Preisrelation zwischen Futtergetreide und Brotgetreide<sup>1)</sup>

Zeit	Preis des Futtergetreides	
	Weizenpreis = 100	Roggenpreis = 100
1936/37 VI. <sup>2)</sup> . . . .	67	90
1949 VI. . . . .	140	158

<sup>1)</sup> Durchschnittspreis von inländischem Mais und Hafer in % des Weizen- bzw. Roggenpreises.

<sup>2)</sup> Juni-Durchschnittspreise der Jahre 1936 und 1937.

Die vielfach gehegten Befürchtungen, daß der größte Teil der Brotfrucht verfüttert werde, scheinen allerdings übertrieben. Dank der guten Getreideernte wird so viel Futtergetreide anfallen, daß sein Preis nach dem Drusch zwangsläufig sinken und sich dem Brotgetreidepreis weitgehend nähern wird. Außerdem ist in den Sommermonaten die Geldknappheit bei den größeren bäuerlichen Betrieben und den landwirtschaftlichen Großbetrieben so groß, daß meist sofort nach der Ernte ein erheblicher Teil der Brotfrucht gedroschen und verkauft werden muß. Immerhin aber dürften die Produzenten — vorzugsweise in den Getreidebaugebieten — für den Ankauf von Importfuttergetreide nur geringes Interesse haben, solange dieses teurer ist als das von ihnen abzuliefernde Brotgetreide. Anzeichen hierfür lassen sich jetzt in dem teilweisen Mißerfolg der Schweinemastaktion und der geringen Nachfrage nach dem in Form von Lieferprämien zugeteilten Futtermais erkennen.

Der Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften ist heuer bei der Getreideernte stärker fühlbar als in den letzten Jahren, da gebietsweise ein Teil des Getreides „lagert“ (am Boden liegt), so daß Mähbinder nicht überall verwendet werden

<sup>2)</sup> Für Futtergerste liegen zur Zeit — nach Aufhebung der Preisregelung — noch keine Börsennotierungen vor.

<sup>3)</sup> Selbst in den Kriegsjahren 1940/44 wurden — auf den heutigen Gebietsumfang Österreichs bezogen — im Durchschnitt 262.000 t Brotgetreide abgeliefert, 1943 sogar 358.000 t. Damals bot aber auch das Preisverhältnis zwischen Brot- und Futtergetreide keinen Anreiz zur Verwendung von Brotgetreide als Viehfutter.

können. Schon bisher hat die niederschlagsreiche Witterung die Pflegearbeiten bei den Intensivkulturen stark behindert, wodurch viele Felder unkrauteten und manche Rüben erst sehr spät vereinzelt wurden.

Der Holzeinschlag war im Forstwirtschaftsjahr 1948/1949 mit 8·69 Mill. fm (Holz ohne Rinde) annähernd so hoch wie 1947/1948 (8·71 Mill. fm)<sup>1)</sup>. Er überschritt damit zwar die jährlich mit rd. 7 Mill. fm geschätzte zulässige Schlägerungsquote, dürfte sich aber noch immer im Rahmen des jährlichen Holzzuwachses halten, da die Schlägerungsquote niedriger angesetzt wurde, um die Überschlagerungen der letzten Jahrzehnte wettzumachen.

Da in den letzten Jahren meist nur in bringungsgünstigen Lagen geschlägert wurde, mußte die Holznutzung mehr und mehr in andere Reviere verlagert werden. Die privaten Forste konnten die damit verbundenen höheren Bringungskosten decken, da der Holzhandel und die Sägen infolge günstiger Exporterlöse bisher in der Lage waren, Rohholzpreise zu bezahlen, die die amtlich festgesetzten Höchstpreise überstiegen. Der inländische Marktpreis für Schnittholz zeigt jedoch eine sinkende Tendenz, da die Nachfrage infolge geringerer Bautätigkeit und Unterbeschäftigung der Holzverarbeitenden Gewerbe zurückgeht und das Angebot durch verstärkte Ausformung von Nutzholz zunimmt<sup>2)</sup>. Außerdem dürfte der Export von Schnittholz zunehmend schwieriger werden<sup>3)</sup>. Bei größeren Absatzstockungen und rückgängigen Holzpreisen wird die Holzwirtschaft wieder auf einen verstärkten Export von Rundholz angewiesen sein, der bisher unterbunden wurde, um den Rohstoffbedarf und die Beschäftigung der heimischen Holzverarbeitenden Industrie zu sichern.

### Energiewirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 248—249

Die *Energieversorgung* genügte im Mai weitgehend den Anforderungen der Verbraucher.

<sup>1)</sup> Über die Entwicklung der Holzproduktion wurde bereits mehrmals berichtet; siehe Jg. 1948, Nr. 11 (S. 412 f.) und Nr. 12 (S. 458 ff.), sowie Jg. 1949, Nr. 3 (S. 94 ff.).

<sup>2)</sup> Während von dem im Forstwirtschaftsjahr 1947/48 auf Nutzholzumlage B (Brennstoffreserve) durchgeführten Einschlag noch mehr als die Hälfte für Brennzwecke abgegeben werden mußte (897.721 fm von insgesamt 1.469.455 fm), wurden 1948/49 75% dieses Kontingentes von vornherein für Nutzholz freigegeben und auch der Rest größtenteils als Nutzholz ausgeformt.

<sup>3)</sup> Im Mai 1949 wurde mit 6.385 Waggons bereits mehr Schnittholz exportiert als im Durchschnitt 1937 (6.040 Waggons).

Die *Stromerzeugung* der Wasserkraftwerke war mit 357 Mill. kWh um 17% größer als im April. Trotzdem war es notwendig, zusätzlich noch 31 Mill. kWh (April 39 Mill. kWh) kalorischen Strom zu erzeugen, da der Verbrauch mit 307 Mill. kWh eine neue Rekordhöhe seit Kriegsende erreichte. Dagegen war der *Stromexport* nur wenig mehr als halb so groß wie im gleichen Monat des Vorjahres. Praktisch kann die Ausfuhr nur bis zu einem gewissen Grade zu Gunsten der inländischen Versorgung eingeschränkt werden, da die wichtigsten Exportwerke in Vorarlberg liegen (22% der gesamten österreichischen Kapazität) und über deren Leistungen im Rahmen langfristiger Lieferungsverträge verfügt ist.

Auch die *Kohlenversorgung* bereitete kaum noch Schwierigkeiten. Zwar konnte der inländische Kohlenbergbau seine hohen Förderungen der Vormonate, insbesondere vom März, nicht mehr erreichen, doch wurden Fehlmengen durch höhere Einfuhren ausgeglichen. Insgesamt standen der österreichischen Wirtschaft im Mai 617.000 t Kohle (Steinkohlenbasis) zur Verfügung, das sind um 50% mehr als im Durchschnitt des Jahres 1937.

Kohlenversorgung Österreichs<sup>1)</sup>

	Inland	Ausland Tonnen	Insgesamt
Ø 1929 . . .	149.505	530.195	679.700
Ø 1937 . . .	137.519	275.016	412.535
Ø 1948 . . .	132.079	413.244	545.323
1949 III . . .	160.372	459.282	619.654
IV . . .	147.434	453.233	600.667
V . . .	143.479	473.958	617.437

<sup>1)</sup> Steinkohlenbasis.

Die Aufhebung der staatlichen Kohlensubventionen und die bedeutende Erhöhung der Transportkosten (und der Löhne) machten eine Neuregelung der Kohlenpreise notwendig. Für ausländische Kohle muß der Verbraucher nun den effektiven Preis franko österreichische Grenze (bei polnischer Kohle einschließlich der Transitfracht durch die ČSR), zuzüglich der inländischen Transport- und Verteilungskosten, bezahlen, während bisher, teilweise unter Beanspruchung staatlicher Mittel, ein Mischpreis zwischen den verschiedenen hohen Preisen deutscher und polnischer Steinkohle verrechnet wurde. Nach der neuen Regelung ergeben sich je nach Frachtlage des Verbrauchsortes starke Spannungen zwischen den Verbraucherpreisen für deutsche und polnische Kohle gleicher Qualität und Sorte.

Es ist abzuwarten, welche Wirkungen die für 1. Juli 1949 bevorstehende Aufhebung der Bewirt-

schaftung<sup>1)</sup> auf die Verteilung haben wird. Die mit Rücksicht auf die unterschiedliche Frachtlage stark differenzierten Preise werden die Nachfrage nach den billigeren Lieferländern lenken. Da die einzelnen Kontingente aber relativ fest sind, wird es oftmals schwierig sein, Angebot und Nachfrage in Einklang zu bringen. Die Bewirtschaftung konnte bisher die Richtung der Nachfrage verhältnismäßig leicht beeinflussen. Nach ihrer Aufhebung könnte sich jedoch leicht ein Überangebot an teurer und eine ungedeckte Nachfrage nach billiger Kohle gleicher Sorte ergeben. Das neue Kohlenpreissystem wird sich erst einspielen müssen.

Der Absatz bestimmter Sorten *inländischer* Braunkohle dürfte im Sommer Schwierigkeiten begegnen, da ihre Preise zum Teil stark überhöht sind. Die ungünstige Relation zwischen den Preisen hochwertiger Importkohle und minderwertiger inländischer Braunkohle wurde durch das dritte Preis-Lohn-Abkommen noch weiter verschärft. Andererseits ist anzunehmen, daß die Verteuerung zu einem rationelleren Verbrauch der Kohle führen wird.

### Gewerbliche Produktion

Dazu statistische Übersichten S. 250—253

Die gewerbliche Produktion entwickelte sich auch im April und Mai günstig. Der Index der Industrieproduktion ist im April trotz Ausfall zweier Arbeitstage von 112,5 im März auf 115,1 im April gestiegen. Die Steigerung ist in vollem Umfange den Produktionsmittelindustrien, vor allem der Stromerzeugung und der chemischen Industrie, zu danken. Der Index der Konsumgüterindustrie blieb annähernd gleich.

Produktionsentwicklung wichtiger Industriezweige  
Ø 1937 = 100

Zweig	Ø 1948	Monat			
		I	II	III	IV
				1949	
Bergbau . . .	96,48	103,73	101,81	111,58	101,34
Magnesit-Ind. .	110,05	122,62	112,66	142,62	139,39
Eisen- u. Metall- industrie . . .	105,86	118,44	111,94	129,47	130,01
Fahrzeug- industrie . . .	86,29	105,49	132,90	171,44	156,55
Baustoffind. . .	104,80	57,05	59,47	94,81	118,61
Papierindustrie	64,45	64,81	64,81	82,68	79,99
Textilindustrie	60,41	70,10	72,58	86,68	86,68
Leder u. Schuh- industrie . . .	55,67	66,75	64,76	77,27	66,92

<sup>1)</sup> An die Stelle des Warenverkehrsgesetzes tritt das Außenhandelsverkehrsgesetz als gesetzliche Handhabung der Lenkung. An die Stelle der Brennstoffbewirtschaftungsstelle treten die bestehenden Syndikate. Die Oberste Bergbehörde wird nach dem Außenhandelsverkehrsgesetz (§ 4) „Auf-lagen“erteiler.

Nach den bisher vorliegenden unvollständigen Meldungen ist auch im Mai mit einer weiteren Steigerung der Gesamtproduktion zu rechnen.

Der *Beschäftigtenstand* der im Produktionsindex enthaltenen Industriezweige hat von März bis April um rd. 1% zugenommen. Da die Produktion gleichzeitig stärker gestiegen ist, erhöhte sich der Index der *Produktivität* von 77,9 auf 78,9. Es ist dies der höchste Stand seit Kriegsende.

Der Index der *Bergbauproduktion* fiel im April auf 101,3 (März 111,6, 1937 = 100) infolge der geringeren Zahl von Arbeitstagen und des verhältnismäßig starken Rückganges der Braunkohlenförderung. Die Eisenerzförderung blieb verhältnismäßig konstant, beträgt aber noch immer nur 70% von 1937. Die geförderte Menge reicht für den gegenwärtigen Betrieb von vier Kokshochöfen bei weitem nicht aus, so daß die Hütte Linz überwiegend mit ausländischen Erzen versorgt werden muß. Für die nächste Zeit sind am steirischen Erzberg umfangreiche Investitionen vorgesehen, die mit einem Betrag von ungefähr 5,5 Mill. Dollar veranschlagt und von der ECA bereits genehmigt sind. Nach Ersetzung der nach dem Kriege durch Demontage verlorengegangenen Maschinen und Einrichtungen wird eine Tagesförderung von 5.500 t Erz erwartet. Zu den gegenwärtigen Preisen zieht die Hütte Linz allerdings ausländisches Erz vor, da dieses trotz der hohen Frachtbelastung billiger zu stehen kommt als das steirische Erz.

Die *eisenschaffende Industrie* hat im Mai die Rekordproduktion vom März fast wieder erreicht. Die *Aluminiumerzeugung* lief im April stärker an; insgesamt wurden 745 t Reinaluminium produziert. Die planmäßig vorgesehene Strommenge konnte auch im Mai noch nicht voll zugeteilt werden, da in einigen Wasserkraftwerken Maschinendefekte eintraten und der dadurch entstandene Ausfall an elektrischer Energie in erster Linie bei der Hütte Ranshofen eingespart werden mußte.

In der *Baustoffindustrie* ist vor allem die Ziegelherzeugung wieder stark gestiegen, doch geben die vorliegenden Daten keinen genauen Überblick, da das statistische Material seit Aufhebung der Bewirtschaftung lückenhaft ist und den zuständigen Stellen jede Handhabe fehlt, die Betriebe zu fristgemäßen Meldungen zu verhalten. Der Gesamtindex der Baustoffindustrie stieg von 94,8 im März auf 118,6 im April. In der *Papierindustrie* ist ein geringfügiger Rückgang zu verzeichnen; der Gesamtindex änderte sich hier von 82,7 (März) auf 80,0 (April).

In den *Konsumgüterindustrien* ist die Produktion teils gestiegen, teils gefallen. In der *Textil-*

industrie wirkt die zunehmend sich bessernde Rohstoffversorgung (ERP-Lieferungen und inländische Zellwolle) günstig aus. In der Lederindustrie dagegen besteht ein fühlbarer Mangel an Rohhäuten. Im Rahmen des ERP kommen nur fallweise Häute herein und das inländische Häuteaufkommen ist aus preisspekulativen Gründen seit Monaten unbefriedigend. Dementsprechend leidet die Schuhindustrie unter Ledermangel.

Die Brauindustrie hat ihren Ausstoß saisonmäßig gesteigert.

#### Die Österreichischen Stickstoffwerke in Linz

Die Österreichischen Stickstoffwerke wurden im Jahre 1939 nach den modernsten technischen Grundsätzen geplant und im Südosten der Stadt Linz errichtet. Sowohl rohstoff- als auch energieverorgungsmäßig (Bezug des Koksgases, der Dampfkraft und der elektrischen Energie) war der Betrieb an die benachbarten Hütten- und Stahlwerke angeschlossen. Im Jahre 1942 wurde mit der Produktion begonnen; nach der Unterbrechung durch das Kriegsende wurde sie erst im Sommer 1946 neu aufgenommen. Vor kurzem haben die Stickstoffwerke den Bau einer eigenen Gasversorgungsanlage und eines Dampfkraftwerkes begonnen, um nicht ausschließlich von der Belieferung durch die Hütte (auch aus Kostengründen) abhängig zu sein. Diese beiden Anlagen sollen vorläufig jedoch nur als Reserve und zur Deckung der Bedarfsspitzen herangezogen werden.

Das Werk beschäftigt zur Zeit 2.600 Personen, davon 500 Angestellte und 2.100 Arbeiter.

Das Haupterzeugnis ist Kalkammonsalpeter, ein Stickstoffdünger, bestehend aus einer Mischung von Ammonnitrat und Calciumcarbonat, der rund 20% Reinstickstoff enthält. Rund 90% des Gesamtwertes der Erzeugung entfallen derzeit auf Kalkammonsalpeter. Daneben wird eine Reihe anderer Stickstoffverbindungen aus den Neben- und Abfallprodukten gewonnen, die aber wertmäßig eine untergeordnete Rolle spielen.

Die Kapazität des Werkes wurde für 60.000 t Reinstickstoff pro Jahr, d. s. 300.000 t Kalkammonsalpeter pro Jahr oder rund 25.000 t pro Monat errichtet. Nach Beseitigung der Kriegsschäden konnte im vergangenen Jahre die volle Erzeugungskapazität wiederhergestellt werden.

Die Erzeugung ist in den letzten drei Jahren, von vorübergehenden Rückschlägen in den kohlereichen Wintermonaten 1946/47 abgesehen, von 2.500 t im Juni 1946 auf 26.725 t im Mai 1949 ständig gestiegen. Die volle Ausnützung der Anlagen

war seit Mitte 1948 gesichert. (Der Rückgang im März 1949 ist auf einen in den Anlagen aufgetretenen Schaden zurückzuführen.)

#### Erzeugung und Ausfuhr von Stickstoffdünger

Jahr	Erzeugung in Tonnen	Ausfuhr
1946 . . . . .	39.603	—
1947 . . . . .	109.019	41.472
1948 . . . . .	262.699	122.491
1949 Jänner . . . .	25.396	29.424
Februar . . . . .	21.716	29.998
März . . . . .	17.689	26.072
April . . . . .	24.625	22.444
Mai . . . . .	26.725	25.097

Der Mangel an Stickstoffdünger, der in den letzten Jahren auf der ganzen Welt herrschte und auch zur internationalen Bewirtschaftung durch die FAO (Food and Agriculture Organization) in Washington führte, hatte dem Werk zunächst viele Exportaussichten eröffnet und dazu verleitet, eine bedeutende Erweiterung der gegenwärtigen Kapazität zu erwägen. Man plante, mit Hilfe von ausländischem Kapital (zum Teil mit aus dem ERP zur Verfügung gestellten Mitteln) die Erzeugungskapazität zu verdoppeln, d. h. auf 120.000 t Reinstickstoff bzw. 600.000 t Kalkammonsalpeter pro Jahr auszubauen. Diese Erweiterung hätte Investitionen in der Höhe von mindestens 300 Mill. \$ erfordert. Später wurde auch noch ein Projekt zum Ausbau auf 90.000 t Reinstickstoff pro Jahr erwogen. Die Entwicklung der jüngsten Zeit hat aber gelehrt, daß die Weltproduktion an Stickstoffdünger im Jahre 1949 voraussichtlich den Bedarf decken wird. Aus diesem Grunde wurde auch mit 30. Juni d. J. die internationale Bewirtschaftung von Washington aus aufgehoben. Die Österreichischen Stickstoffwerke haben daher von einem weiteren Ausbau abgesehen. Es sollen in nächster Zeit lediglich Investitionen zur Verbesserung der vorhandenen Anlagen vorgenommen werden, deren Kosten sich auf insgesamt 80 Mill. Dollar belaufen, von denen 38 Mill. im Rahmen des ERP zur Verfügung gestellt werden sollen.

Auch für die weitere Zukunft wird mit einer Vollbeschäftigung des Werkes gerechnet; man hofft, die jährlich erzeugten 60.000 t Reinstickstoff ungefähr je zur Hälfte an die österreichische Landwirtschaft und an das Ausland zu liefern.

Der Inlandabsatz von rund 150.000 t Kalkammonsalpeter (30.000 t Reinstickstoff) kann freilich nicht als gesichert betrachtet werden, wenn sich die Relationen zwischen den Preisen für landwirtschaftliche Produkte und jenen für Düngemittel in

Zukunft zu Ungunsten der Agrarprodukte verschieben. Es ist eine bekannte Tatsache, daß bei Geldmangel in der Landwirtschaft vor allem in der Anschaffung von Düngemitteln gespart wird. Eine Geldverknappung würde ein Sinken der heimischen Nachfrage nach Stickstoffdünger zur Folge haben.

*Verbrauch und voraussichtlicher Bedarf der österreichischen Landwirtschaft an Stickstoffdünger (in Reinstickstoffwerten)*

Verbrauch . . . . .	1937/38	10.900 t
	1943/44	15.200 t
	1946/47	10.700 t
	1947/48	20.800 t
Bedarfsvorschau <sup>1)</sup> .	1948/49	25.300 t
	1949/50	27.600 t
	1950/51	29.800 t
	1951/52	31.500 t
	1952/53	32.500 t

<sup>1)</sup> Nach dem „Long-Term-Programm“ des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft.

Auf dem Weltmarkt ist mit einem wachsenden Angebot von Stickstoffdünger zu rechnen und schon in zwei bis drei Jahren kann zumindest für Westeuropa ein Überangebot erwartet werden. Vorsichtige Schätzungen der zukünftigen Produktion und des Bedarfes ergeben folgendes Bild. Die ERP-Länder geben in ihren Jahresprogrammen — die wohl hinsichtlich der veranschlagten Bedarfs- und Produktionsmengen zu optimistisch sein dürften — den voraussichtlichen Bedarf an Stickstoffdünger (ausgedrückt in Reinstickstoffwerten) für das Jahr 1952/53 mit 1,85 Mill. t an. Die Erzeugung in diesen Ländern wird jedoch nach Ausbau aller geplanten und schon in Bau befindlichen Anlagen im gleichen Jahr 2,15 Mill. t betragen, den Bedarf somit um

*Erzeugung von Reinstickstoff in den ERP-Ländern im Durchschnitt 1935/1938 und 1952/53<sup>1)</sup>*

	Erzeugung		Geplante Erzeugung	
	Ø 1935/ 1938 in 1000 t	1947	in 1000 t	1952/53
Benelux-Länder	172	218	127	435
Großbritannien	123	254	207	305
Frankreich . .	196	148	76	350
Italien . . . .	109	77	71	220
Österreich . . .	1 <sup>2)</sup>	22	2200	60
Schweden . . .	8	19	238	21
Trizone,				
Deutschland .	344	221	64	506
Andere ERP-Länder <sup>2)</sup> .	101	115	114	256
ERP-Länder insgesamt	1.054	1.074	102	2.153
				204

<sup>1)</sup> Economic Commission for Europe, Economic Survey of Europe in 1948, Geneva 1949, S. 182/183. — <sup>2)</sup> Durchschnitt 1934—1938. — <sup>3)</sup> Dänemark, Griechenland, Norwegen, Schweiz.

rund 300.000 t Reinstickstoff jährlich übersteigen. Die ERP-Länder werden sich also zu diesem Zeitpunkt Absatzgebiete für mehr als 1 Mill. t Stickstoffdünger anderswo suchen müssen.

Die Erzeugung 1952/53 wird sich gegenüber 1947 ungefähr verdoppelt haben. Als wichtigste Lieferanten kommen die Trizone Deutschlands, Belgien, Norwegen und England in Frage, die damit zu ernstesten Konkurrenten des österreichischen Werkes werden. Die deutsche Trizone — bisher ein wichtiger Abnehmer des österreichischen Stickstoffdüngers in Kompensation gegen Kokskohle — wird noch heuer die Selbstversorgung nach Ausbau ihrer Fabriken erreicht haben und in ungefähr drei Jahren mit einem Ausfuhrüberschuß von rund 100.000 t Reinstickstoff auf den Markt kommen.

Die ost- und südosteuropäischen Länder planen ebenfalls die Ausgestaltung der Stickstoffindustrie, und zwar projektieren die ČSR, Polen, Ungarn, Jugoslawien und Bulgarien eine Erzeugung von wenigstens 300.000 t Reinstickstoff pro Jahr ab 1955. Die Aussichten des österreichischen Exportes in diese Länder müssen daher mit größter Vorsicht beurteilt werden.

Die Österreichischen Stickstoffwerke werden daher außereuropäische Absatzmärkte erschließen müssen, und zwar in Vorderasien und Afrika, wohin bereits Probeflieferungen erfolgten. Von den westeuropäischen Ländern besitzt nur Spanien einen hohen Importbedarf, da das Land selbst über keine Stickstoffherzeugung verfügt. Der Jahresbedarf Spaniens an Reinstickstoff wird auf 60.000 bis 80.000 t geschätzt, von denen gegenwärtig rund 20.000 t aus Einfuhren gedeckt werden können. Vorbereitungen über die Ausfuhr österreichischer

*Österreichs Ausfuhr an Stickstoffdünger i. d. J. 1947 bis 1949<sup>1)</sup>*

Bestimmungsland	Bis 31. März 1949	
	geplante Liefermengen in Tonnen	tatsächlich ausgelieferte
Bizone (1947/48) . .	100.000	96.937 <sup>2)</sup>
Bizone (1948/49) . .	76.000	83.766
Ägypten . . . . .	—	29.623
Frankreich . . . . .	20.000	20.984
Portugal . . . . .	4.200	4.180
Bulgarien . . . . .	4.000	4.000
Jugoslawien . . . . .	2.000	2.000
Cypern . . . . .	500	500
Türkei . . . . .	—	10 <sup>3)</sup>
Libanon . . . . .	—	20 <sup>3)</sup>
Tanganjika . . . . .	—	1 <sup>3)</sup>
Mauritius . . . . .	—	25 <sup>3)</sup>

<sup>1)</sup> Civil Affairs Austria, Report of the United States High Commissioner, April 1949, No. 42. — <sup>2)</sup> Fehlbetrag. — <sup>3)</sup> Probeflieferungen.

Stickstoffdüngers nach Spanien haben stattgefunden. Die Lieferungen müßten voraussichtlich gegen Kompensation erfolgen, da Spanien nicht über genügend konvertierbare Zahlungsmittel verfügt.

Die Stickstoffwerke haben schon in den beiden vergangenen Jahren, also noch zur Zeit der Stickstoffkonjunktur, die Erzeugung weiterer Chemikalien, wie Pharmazeutika und Leim ins Auge gefaßt. In letzter Zeit wurden drei neue Projekte, und zwar zur Erzeugung von Phenol (3.500 t pro Jahr), Glühphosphat (60.000 t pro Jahr) und Reimmethanol (50 t pro Tag) ausgearbeitet, die eine bessere Ausnutzung der Produktionsanlagen, eine Erweiterung der Produktionsbasis und damit ein Steigen der Rentabilität gewährleisten sollen. Die Investitionskosten werden insgesamt mit rund 50 Mill. S veranschlagt und sollen zum Teil aus ERP-Mitteln zur Verfügung gestellt werden.

### Umsätze

Dazu statistische Übersichten S. 254

Die seit Jahresbeginn leicht ansteigende Tendenz der Binnenhandelsumsätze hielt auch im Mai an, obwohl in Normaljahren der ausgeprägte Umsatzrückgang zwischen Frühjahrs- und Herbstsaison schon in diesem Monat durch eine leicht rückläufige Bewegung eingeleitet wird. Die vom normalen Saisonablauf abweichende Umsatzsteigerung mag auf spekulative Käufe zurückzuführen sein, die durch das dritte Preis-Lohn-Abkommen ausgelöst wurden. Die Umsatzsteigerung war jedoch keineswegs so ausgeprägt wie etwa vor dem Währungsschutzgesetz und im Herbst vorigen Jahres, als die Bevölkerung durch Gerüchte über bevorstehende Währungsmaßnahmen beunruhigt wurde. Die verhältnismäßig geringen psychologischen Reaktionen deuten darauf hin, daß infolge der stark beschnittenen Kaufkraft der Bevölkerung für inflationistische Tendenzen, solange sich die einzelnen Kostenverteuerungen nicht in weiteren Preis- und Lohnerhöhungen geltend machen, kaum ein Spielraum besteht.

### Saisonbedingte und tatsächliche Umsatzentwicklung i. J. 1949

Monat	Damenkonfektion		Herrenkonfektion		Schuhe		Hausrat	
	Saisonindex 1949							
I.	—	—	—	—	—	—	—	—
II.	+26	+60	-20	+27	-5	+40	+12	+15
III.	+27	+59	+83	+46	+46	+19	+15	+38
IV.	+13	+34	+29	+43	+40	+25	-2	-3
V.	-1	-1	-8	+3	+6	-3	-3	+44

1) Berechnet auf Grund der Vorkriegsumsätze.

Bemerkenswert ist, daß sich die Nachfragebelebung im Mai fast ausschließlich auf *Bekleidung*

und *Haushaltungsgegenstände* beschränkte, die in verhältnismäßig reichhaltigen Warensortimenten angeboten werden, während die in der Gruppe „sonstige Branchen“ zusammengefaßten Umsätze entbehrlicherer Bedarfsgüter, die sonst bei Angstkäufen ebenfalls stark steigen, konstant bleiben oder sogar leicht zurückgingen. Die zunehmende Verlagerung der Einkäufe auf wichtige Bedarfsgegenstände läßt sich besonders deutlich an der Umsatzentwicklung der Wiener Warenhäuser verfolgen. Während in den Herbstmonaten des Jahres 1947 der Anteil der „Sonstigen Waren“ (Parfumerien, Lederwaren, Sportartikel, Spielwaren usw.) am Gesamtumsatz sprunghaft zunahm, ist er seit Jänner d. J. ständig zurückgegangen. Im Mai sank er auf 11% der Gesamtumsätze (ein Drittel des Anteiles im Oktober 1947), d. i. der niedrigste Stand seit Kriegsende.

### Entwicklung der Umsätze Wiener Warenhäuser

Zeit	Textilien und Bekleidung	Möbel und Hausrat	Sonstiges
	Anteil der einzelnen Warengruppen an den Gesamtumsätzen in Prozent		
1947 X.	49·8	16·4	33·8
XI.	39·0	17·2	43·8
XII.	34·8	13·6	51·6
1949 I.	81·0	5·8	13·2
III.	83·0	5·5	11·5
V.	83·4	5·6	11·0

Die *Nahrungsmittelumsätze* sind nahezu konstant geblieben (+ 0·4% gegenüber dem Vormonat). Im Wiener Obst- und Gemüsehhandel ist der Absatz infolge geringerer Zufuhren von Kartoffeln (- 58%) und Obst (- 45%) sowie der hohen Preise für Frühgemüse sogar stark zurückgegangen. Eine anhaltend rückläufige Umsatzentwicklung verzeichnen auch der Buchhandel, das Spielwarengeschäft sowie die Parfumeriebranche.

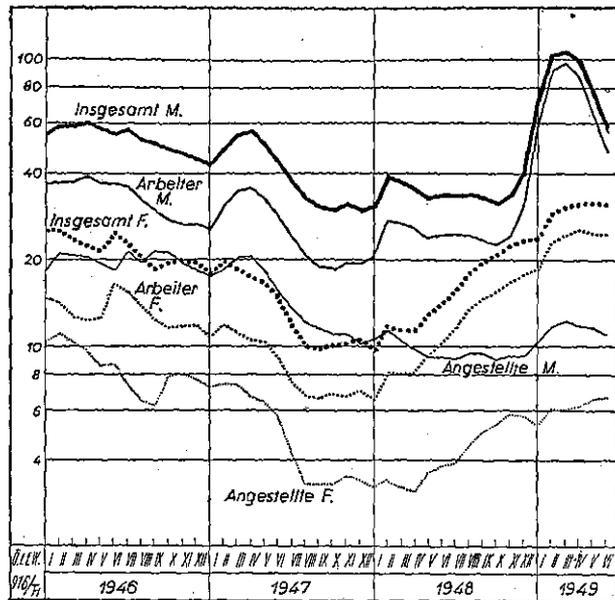
Die Einnahmen an *Umsatz- und Verbrauchssteuern* im Mai bestätigen die im letzten Bericht erwähnte Umsatzbewegung im April. Die Eingänge an Umsatzsteuern haben um 9%, die an Verbrauchssteuern — allerdings hauptsächlich infolge Nachtragsabrechnungen von Tabaksteuer — um 44% gegenüber dem Vormonat zugenommen. Die durch die Ermäßigung der Zigarettenpreise ausgelöste Umsatzzunahme der Tabaktrafiken hielt auch im Mai an. Den größten Absatz fand die verbilligte „Austria I“.

### Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten S. 255—256

Die Zahl der *Krankenversicherten* stieg im Mai um 30.300 (+ 1·6%) auf 1,915.200. Sie ist damit zum ersten Male höher (um 11.100) als im entsprechenden Monat des Vorjahres. Bemerkenswerterweise

Abb. 1. Vorgemerkte Stellensuchende i. d. J. 1946 bis 1949  
(Log. Maßstab; 1000 Pers.; M. = Männer, F. = Frauen)



Seit der Währungsreform zeigt die Arbeitslosigkeit wieder deutlich die saisonmäßigen Schwankungen, wie sie vor dem Kriege üblich waren; diese treten aber nur bei den männlichen Stellensuchenden auf. Bei den Frauen ist seit der Währungsreform ein ständiger Zustrom zum Arbeitsmarkt zu beobachten, so daß die Zahl der weiblichen Stellensuchenden im Mai 1949 nahezu auf das Dreifache vom Februar 1948 gestiegen ist, während die der männlichen nur etwas mehr als das Anderthalbfache beträgt.

erstreckt sich der aufwärtsgerichtete Trend der Beschäftigung seit über einem halben Jahr nicht mehr auf die Krankenversicherten der Bundesbahnen. Diese hatten im September 1948 mit 101.100 ihren höchsten Stand erreicht; seither hatte ihre Zahl ständig abgenommen (im Mai auf 89.800).

Die Zahl der Stellensuchenden ist auch im Mai und Juni gesunken (im Mai um 17.167 auf 90.845). Zur gleichen Zeit des Vorjahres war die Zahl der Stellensuchenden um rund 40.000 niedriger. Die vor dem Kriege beobachteten Saisonschwankungen machen sich wieder deutlicher bemerkbar. Man kann daher annehmen, daß die gegenwärtig fallende Tendenz der Arbeitslosigkeit bis ungefähr Ende September anhalten und die Zahl der Stellensuchenden erst in den folgenden Monaten wieder zunehmen wird. Der saisonmäßige Rhythmus wird vor allem durch die Bautätigkeit bestimmt. Die Änderungen im Stand der Stellensuchenden decken sich weitgehend mit den Änderungen bei den Stein-, Bau- und Hilfsarbeitern.

Die saisonmäßigen Schwankungen der Stellenlosenzahlen verdecken seit der Währungsreform eine ständige Zunahme der weiblichen Stellensuchenden. Vom Februar 1948 bis zum Mai 1949 stieg ihre Zahl

Rückgang der Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden

	Abnahme gegenüber Vormonat bei den	
	Stellensuchenden insgesamt	Stein- und Keramik-, Bau- und Hilfsarbeitern
1949 April . . . . .	22.166	18.658
Mai . . . . .	17.167	12.234

kontinuierlich<sup>1)</sup> auf nahezu das Dreifache, während die Zahl der männlichen Stellensuchenden im Mai nur etwas mehr als das Anderthalbfache vom Februar 1948 betrug. Die Zahl der weiblichen Stellensuchenden wächst, mit Ausnahme des Burgenlandes und Vorarlbergs, in allen Bundesländern, am stärksten aber in Wien, wo sich zwischen Februar 1948 und Mai 1949 eine Erhöhung von 2.458 auf 13.398, also auf mehr als das Fünffache ergab. Gleichzeitig stieg bei der Wiener Gebietskrankenkasse auch die Zahl der versicherten Arbeiterinnen und der weiblichen Angestellten von 172.800 auf 180.100 und die Zahl der Hausgehilfinnen von 15.800 auf 16.800. Der statistisch erfaßbare Zuwachs weiblicher Arbeitskräfte in Wien betrug in diesem Zeitraum also 19.200 oder 10%. Wahrscheinlich gibt es in Wien noch eine größere Zahl stellensuchender Frauen, die sich bisher beim Arbeitsamt nicht vorgemerkt haben. Dabei ist nicht nur an Frauen zu denken, die zur Ergänzung ihres Haushaltsbudgets einen Nebenverdienst suchen, sondern wahrscheinlich auch an weibliche Arbeitskräfte, die aus der Provinz, besonders aus Niederösterreich und dem Burgenland, zugewandert sind.

Weibliche Stellensuchende nach Bundesländern

Bundesland	1948				1949	
	I	IV	VII	X	I	IV
	1000 Personen					
Wien . . . . .	2'6	3'8	7'1	9'2	11'1	12'9
Niederösterr. . . . .	3'3	3'1	3'5	3'8	4'9	4'7
Steiermark . . . . .	1'6	2'1	2'4	3'4	4'8	5'0
Kärnten . . . . .	0'6	0'7	0'9	1'1	1'7	2'0
Oberösterreich . . . . .	1'8	1'6	2'2	2'7	3'5	4'0
Salzburg . . . . .	0'4	0'4	0'5	0'7	0'9	1'1
Tirol . . . . .	0'5	0'6	0'9	1'0	1'1	1'3
Vorarlberg . . . . .	0'2	0'2	0'2	0'2	0'1	0'2
Burgenland . . . . .	0'6	0'3	0'2	0'2	0'4	0'3
Insgesamt	11'5	12'9	17'9	22'3	28'7	31'4

Verkehr

Dazu statistische Übersichten S. 257-258

Die Leistungen der Bundesbahnen hielten sich im Monat April im Rahmen der saisonüblichen Schwankungen. Im Güterverkehr war entsprechend dem mengenmäßig zurückgegangenen Außenhandel ein leichter Rückgang (gemessen in Nutzlast-Tonnenkilometern) um 6% gegenüber März zu verzeichnen. Die per Bahn beförderte Exporttonnage

<sup>1)</sup> Nur im Mai 1949 ergab sich ein unwesentlicher Rückgang von 129 weiblichen Stellensuchenden.

sank von 262.000 t auf 229.000 t; vor allem wurde weniger Roheisen, Papier und Pappe transportiert. Dagegen beanspruchte die Einfuhr infolge erhöhter Marshall-Plan-Sendungen trotz geringerer kommerzieller Importe mehr Transportraum als im Vormonat (786.668 t gegenüber 782.792 t im März). Der überwiegende Teil entfiel auf Getreidelieferungen über Triest (250 Waggon täglich) und Kohlentransporte aus Deutschland. Im Binnenverkehr führten österreichische Erzzufuhren nach Linz zu einer erhöhten Wagenanforderung. Der Transitverkehr stieg von 303.800 auf 316.600 Netto-Tonnen. Besonders belebt hat sich der Nord-Süd-Verkehr zwischen Italien einerseits und Deutschland und Polen andererseits, während der längere Ost-West-Durchlauf weiterhin abnahm. Die Verlagerung des Transitverkehrs auf die kürzere Nord-Süd-Strecke verminderte trotz größerem Gütervolumen die Tonnen-Kilometer-Leistung um knapp 4%. Die Transiteinnahmen fielen von 786 Mill. Schweizer Franken auf 716 Mill. Schweizer Franken.

Die *Wagengestellungen*, in denen sich die Anforderungen der Wirtschaft an den Verkehr widerspiegeln, haben in den ersten vier Monaten des Jahres ständig zugenommen. Die gesamte Wagengestellung dieses Zeitraumes war um 17,6% und die für die Durch-, Ein- und Ausfuhr um 34,3% höher als in den gleichen Monaten des Vorjahres. Da der Wagenbestand gegenwärtig niedriger ist als vor einem Jahr, konnte die erhöhte Wagengestellung nur durch schnelleres Entladen und Beladen und durch betriebsorganisatorische Maßnahmen der Bahnen erreicht werden.

Wagengestellungen von Jänner bis April 1948/49

Zeit	Binnenverkehr	Durch-, Ein- und Ausfuhr	Gesamtverkehr
1949 I. . . . .	78.116	76.441	154.557
II. . . . .	96.325	69.606	165.931
III. . . . .	90.709	81.511	172.220
IV. . . . .	98.990	79.314	178.304
1949 I. bis IV.	364.140	306.872	671.012
1948 I. bis IV.	342.261	228.466	570.727
1949 in % v. 1948.	106,4	134,3	117,6

Im *Personenverkehr* stieg die Zahl der verkauften Fahrkarten infolge der Osterfeiertage sprunghaft von 5,6 Mill. Stück auf 6,1 Mill. Stück. Die erhöhte Frequenz erstreckte sich vor allem auf den Wiener und den Villacher Direktionsbezirk und hier vor allem auf den Nahverkehr.

Im April entschied der Alliierte Kontrollrat endgültig über die *Eigentumsverhältnisse* des auf österreichischem Boden befindlichen Wagenparks. Danach gehören zum Wagenpark der Österrei-

chen Bundesbahnen alle Betriebsmittel österreichischen Ursprungs (auch wenn sie mit deutschen Reichsbahnabzeichen versehen sind) sowie alle nach dem 5. Mai 1945 gekauften, gebauten oder sonst rechtmäßig erworbenen Wagen. Die neue Regelung beseitigt die bisher sowohl die Leistung als auch die Planung hemmende Unsicherheit über die Eigentumsverhältnisse des rollenden Materials.

Der für Frachten am 3. März 1949 und für Personen am 16. April wieder aufgenommene *Donauschiffsverkehr* (Linz—Regensburg) zeigt trotz günstigem Wasserstand nur eine durchschnittliche Frequenz. Der talwärts geführte Kohlentransport stieg von 55.540 t im März auf 57.266 t im April. Bergwärts wurden im Berichtsmonat erstmalig wieder 7.000 t Roheisen (nach Schweden) geführt.

### Außenhandel

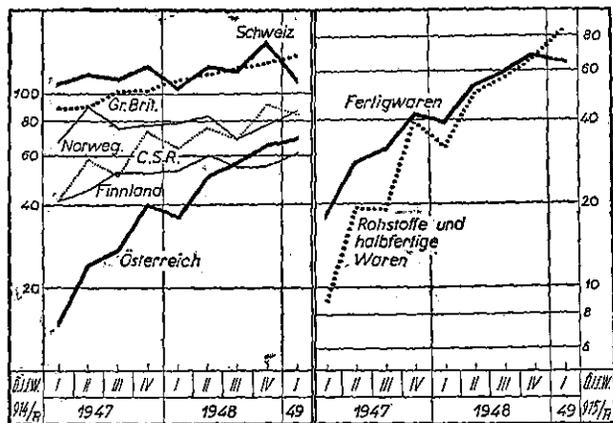
Dazu statistische Übersichten S. 259—260

Im April ging die *Ausfuhr*, wie bereits im letzten Bericht angedeutet wurde, leicht zurück (von 286,8 Mill. S auf 258,3 Mill. S). Da die *Einfuhr* ebenfalls abnahm — von 364,9 Mill. S auf 338,7 Mill. S —, stieg der Einfuhrüberschuß des handelsstatistisch erfaßten Außenhandels im April nur unbedeutend von 78,1 Mill. S im März auf 80,4 Mill. S. Rückläufig war vor allem der Außenhandel mit Italien, das seine vorübergehend führende Stellung als wichtigstes Bezugsland wieder an Deutschland abtrat und von Österreich Waren im Werte von nur 51,7 Mill. S abnahm, d. s. um fast 20 Mill. S weniger als im März.

Der *Quantumindex* (von den Preisänderungen bereinigte Außenhandelswerte) für das erste Vierteljahr 1949 wird durch die saisonbedingt schwachen Außenhandelsumsätze im Jänner etwas gedrückt. Während er jedoch auf der *Einfuhrseite* insbesondere durch die Ausnützung der Ziehungsrechte trotzdem mit 14,7% stärker zunahm als im letzten Quartal 1948 (9,3%), verlangsamte sich die Zunahme des *Ausfuhrvolumens* ganz deutlich. Die Steigerung betrug im 1. Quartal 1949 nur noch 3,8% gegenüber 16,7% im letzten Quartal 1948. Dies gibt noch zu keinen Besorgnissen Anlaß, da es rein saisonbedingt erklärt werden kann (im 1. Quartal 1948 ist das *Ausfuhrvolumen* infolge eines besonders starken Rückschlages im Jänner sogar um 11,4% zurückgegangen). Verschiedene Anzeichen deuten jedoch darauf hin, daß der österreichische Außenhandel in den kommenden Monaten den bisherigen starken Aufschwung kaum mehr fortsetzen wird. Dafür spricht nicht nur der Rückgang im April; auch für

Abb. 2. Das Ausfuhrvolumen Österreichs und anderer Staaten i. d. J. 1947 bis 1949

(Logarithmischer Maßstab; Werte,  $\phi$  1937 = 100)



Das Volumen der Ausfuhr hat sich in Österreich seit Kriegsende in einem rascheren Tempo erholt als in den meisten anderen Staaten. Da jedoch Österreich von einem besonders tiefen Stand ausging, liegt es im Erreichen des Vorkriegsvolumens noch hinter den anderen Staaten.

Die österreichische Ausfuhr könnte ihre absolute und relative Stellung nur verbessern, wenn es ihr gelingt, ihre Aufwärtsbewegung trotz der Stagnation, die im Welthandel einzusetzen droht, fortzusetzen. Das gilt insbesondere für die Fertigwarenausfuhr, deren Volumen sich in letzter Zeit weniger günstig entwickelt hat und hinter der Aufwärtsbewegung der Rohstoffausfuhr zurückblieb.

Mai<sup>1)</sup> wird keine ihn etwa ausgleichende Exportsteigerung erwartet. Voriges Jahr waren im April und insbesondere im Mai starke Zunahmen zu verzeichnen. Dazu kommen die Exportschwierigkeiten, die durch die Kostensteigerungen des dritten Preis-Lohn-Abkommens zu erwarten sind, sowie schließlich der Umstand, daß die Nachkriegskonjunktur des Welthandels sich mehr und mehr normalisiert. Das Außenhandelsvolumen der meisten Länder, das bis 1948 noch eine deutlich aufwärtsgerichtete Tendenz hatte, zeigt in den letzten Monaten unverkennbare Zeichen einer Stagnation. Selbst die britische Ausfuhr, die bisher dank einer systematischen Förderung bemerkenswert regelmäßig gestiegen ist, erlitt im April infolge wachsender Absatzschwierigkeiten einen schweren Rückschlag — der Ausfuhrwert war der niedrigste seit September 1948 —, von dem sie sich auch im Mai nur teilweise erholen konnte.

Für die österreichische Wirtschaft hätte es schwerwiegende Folgen, wenn die Ausfuhrentwicklung schon heute zu stagnieren begänne, da das Aus-

<sup>1)</sup> Nach der Außenhandelsstatistik der Schweiz ist ihre Einfuhr aus Österreich von 5,4 Mill. sfr. im April auf 4,9 Mill. sfr. im Mai zurückgegangen.

Der handelsstatistisch erfaßte Außenhandel Österreichs

	Quartaldurchschnitt			
	1947	1948	1948	1. Quartal 1949
	Quantumindex <sup>1)</sup> (1937 = 100)			
Ausfuhr				
Lebende Tiere und Nahrungsmittel . . .	13,8	16,7	26,8	14,2
Rohstoffe . . . . .	21,4	50,8	66,1	84,4
Fertigwaren . . . . .	29,6	54,2	67,3	63,6
Insgesamt . . . . .	26,5	51,6	65,2	67,7
Einfuhr				
Lebende Tiere und Nahrungsmittel . . .	8,5	16,8	23,0	23,0
Rohstoffe . . . . .	35,3	58,6	61,3	73,7
Fertigwaren . . . . .	23,1	59,4	81,0	91,2
Insgesamt . . . . .	24,2	47,2	56,4	64,8
Preisindex (1937 = 100)				
Ausfuhrpreise . . . . .	254	314	334	362
Einfuhrpreise . . . . .	336	381	383	393
Austauschverhältnis <sup>2)</sup>	76	82	87	92

<sup>1)</sup> Siehe S. 259, Anmerkung <sup>3)</sup>, und Beilage Nr. 6 (zum Monatsbericht Nr. 2/1948), S. 4 ff. — <sup>2)</sup> Ausfuhrpreise: Einfuhrpreise.

fuhrvolumen trotz des beachtlichen Aufschwunges im vergangenen Jahr im 1. Quartal 1949 erst rund 68% von 1937 erreicht hat und damit viel weiter vom Vorkriegsvolumen entfernt ist als das der meisten anderen europäischen Staaten. So stieg der Anteil der österreichischen Ausfuhr an der Weltausfuhr (wertmäßig) zwar von 0,21% im Jahre 1947 auf 0,45% im Jahr 1948, lag aber damit noch immer beträchtlich unter dem Anteil im Jahre 1937 (0,91%)<sup>2)</sup>. Die Exportförderung wird daher in Zukunft mehr denn je zu einem der dringlichsten Probleme der österreichischen Wirtschaftspolitik.

Besonders bemerkenswert ist noch das starke Anwachsen der Rohstoffausfuhr im ersten Quartal 1949, deren Volumen (von Preisschwankungen bereinigt) gegenüber dem letzten Quartal 1948 um 27,7% zunahm und einen Stand von 84,4% des Volumens von 1937 erreichte, während das Volumen der Fertigwarenausfuhr in der gleichen Periode um 5,5% zurückging. Auch hier dürfte es sich nicht ausschließlich um zufällige oder saisonmäßige Einflüsse handeln, sondern um den Ausdruck allgemeinerer Tendenzen, die ebenfalls für die österreichische Wirtschaft und ihre Struktur ernste Auswirkungen haben können.

<sup>2)</sup> Der Perzentsatz für 1937 entstammt dem „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1939/40“ und basiert auf der gesamten Weltausfuhr. Den Berechnungen für 1947 und 1948 wurde die Ausfuhr von 51 Staaten zugrundegelegt, die mit Ausnahme Deutschlands alle wichtigen Handelsnationen einschließen. Eine vollkommene Erfassung des Welthandels würde den Anteil Österreichs in der Nachkriegsperiode senken und damit die Diskrepanz gegenüber 1937 noch etwas erweitern.